

P 136/2003 (VWD)

**Postulat Fraktion CVP: Kampf gegen die staatliche Bürokratie für Bürger und Bürgerinnen und KMU's (03.09.2003)**

Bürokratiebefreiung fördert Innovation und schafft Arbeit. Der Regierungsrat wird aufgefordert, zur Zielerreichung die Zusammenarbeit zu überprüfen:

1. Bürokratiebefreiung im Steuersystem

Für eine radikale Vereinfachung der Besteuerung von natürlichen und juristischen Personen: Das Ausfüllen einer einfachen Steuererklärung soll maximal eine Stunde Aufwand kosten. Die Steuererklärung muss so konzipiert sein, dass sie auch für Laien wieder verständlich wird.

- Vereinfachung bei den einzureichenden Belegen; Zusammenzüge statt Einzelbelege genügen; Stichproben müssen generelles Misstrauen ersetzen.
- Massive Reduktion der Anzahl und Komplexität der auszufüllenden Formulare.
- Bessere Verständlichkeit der Steuer für die Betroffenen (Steuerzahlende und involvierte Amtsstellen).
- Verzicht auf Vielfachbesteuerungen.
- Eliminierung von volkswirtschaftlich negativen Anreizen zur Steueroptimierung (z.B. Verschuldung).

2. Bürokratiebefreiung im Verkehr mit den Behörden

Für eine starke Vereinfachung des Verkehrs mit den Behörden auf eidgenössischer, kantonaler wie kommunaler Ebene. Der zeitliche und personelle Aufwand für die Erfüllung bürokratischer Auflagen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Wir fordern vom Regierungsrat ein spürbares «Bürokratie-Entlastungsprogramm» das insbesondere folgende Bereiche umfasst:

- Die Abrechnungen mit den Sozialversicherungen sind für Unternehmen zu vereinfachen und zu automatisieren (elektronische Formulare, einfachere und kompatible Formulare)
- Abrechnungen mit den Sozialversicherungen, der Mehrwertsteuer und Steuererklärungen sind für die Unternehmungen in einem Schritt zu konzipieren: In einem Aufwisch sollen Jahresabschlussmeldungen, Mehrwertsteuerabrechnung und die Steuererklärungen einmal pro Jahr an eine Behörde elektronisch gemeldet werden können. Es ist ein eigentlicher «elektronischer Amtsschalter» für die KMU's zu schaffen. Der gesamte Formularbestand muss dort online abrufbar und ausfüllbar sein.
- Für den Verkehr mit den Behörden und das Ausfüllen von Formularen stellt die Verwaltung eine entsprechende, kompatible Standard-Software zur Verfügung. Es darf nicht sein, dass die Unternehmen selber komplizierte EDV-Lösungen entwickeln müssen, um die Bedürfnisse des Staates abzudecken. Durch diese Verpflichtung wird die Praxistauglichkeit von Verordnungen direkt verwaltungsintern getestet.
- Für die statistischen Erhebungen der öffentlichen Hand ist ein Datenpool zu errichten. Dieser muss für die verschiedenen Ämter zugänglich sein. Mehrfacherhebungen sind zu eliminieren.

- Die handelsrechtlichen Auflagen in Sachen Führung einer Buchhaltung sind einer Gesamtprüfung zu unterziehen und zu vereinfachen.
- Das Projekt des neuen Lohnausweises, welcher die Administrativlasten weiter steigert, ist abzubauen.
- Im Zusammenhang mit der Lehrlingsausbildung sind bestehende Gebühren abzuschaffen und administrative Auflagen zu überprüfen, z.B. Abschaffung von Gebühren für die Ausstellung der Lehrlingsbewilligung, Gebühren für die Genehmigung der Lehrverträge, Gebühren für Teil- und Lehrabschlussprüfungen.
- Gesetze und Verordnungen sind zwingend vor Inkraftsetzung auf ihre KMU-Verträglichkeit zu prüfen.

*Begründung (03.09.2003): schriftlich*

Unser Perfektionismus hat seine Grenzen erreicht: Bürokratische Lasten sind nicht einfach ein «lästiges» Nebenprodukt, welches nebenbei auch noch erledigt wird. Sie führen vielmehr zu Effekten, die volkswirtschaftlich negativ sind und sich auf Wachstum und Beschäftigung hemmend auswirken.

Der Lastenabbau wird über die Reduktion der bürokratischen Auflagen, über eine verwaltungsübergreifende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung bei Bund, Kanton und Gemeinde erreicht. Bürokratiebefreiung fördert die unternehmerische Tätigkeit und bringt Impulse für mehr wirtschaftliches Wachstum.

Ein effizienter Staat schafft mehr Zeit für unternehmerisches Handeln. Er setzt Schwerpunkte und kann deshalb neue Herausforderungen annehmen. Heute ist dies kaum mehr möglich: Historisch gewachsene Aufgaben werden kaum hinterfragt – für neue Herausforderungen fehlt das Geld. Immer neue Verordnungen schaffen neue Tätigkeitsbereiche für die Verwaltung.

Der Schritt in die Selbständigkeit wird oft durch bürokratische Hürden verbaut. Wir wollen die Selbständigkeitsquote steigern und damit positive Effekte für die Beschäftigung erzielen. Jedes neue KMU schafft 3 – 6 neue Arbeitsplätze.

*Unterschriften:* 1. Edi Baumgartner, 2. Martin Rötheli, 3. Roland Heim, Chantal Stucki, Beat Allemann, Silvia Meister, Kurt Bloch, Hans Ruedi Hänggi, Christine Haenggi, Leo Baumgartner, Bruno Biedermann, Marlene Vögli, Andreas Riss, Peter Bossart, Anna Mannhart, Stephan Jäggi, Michael Heim, Kurt Friedli, Rolf Rossel, Urs Weder, Rolf Grütter, Christina Meier, Jakob Nussbaumer, Rolf Späti. (24)